Südafrika

Machtkampf bedroht Frieden

Goodwill Zwelithini, der achte König der Zulus, und sein Onkel Mangosuthu Buthelezi ringen um die Loyalität der Zulus – mit über acht Millionen Menschen Südafrikas größtes Volk. Das Zerwürfnis ist mehr als eine Palastintrige: Der Frieden in der Gewaltprovinz KwaZulu-Natal ist in Gefahr.

Der Machtkampf hatte sich ausgerechnet an dem höchsten Feiertag des Volkes entzündet. Am „Shaka-Tag“, der das vergangene Wochenende begangen wurde, wollte Zwelithini mit Südafrikas Präsident Nelson Mandela des legendären Zulu-Königs aus dem vorigen Jahrhundert gedenken.

Das aber suchte Buthelezi, mit seiner Inkatha-Partei nach wie vor ein Erzrivale von Mandela und dessen ANC, zu verhindern. Wochenlang stritten die beiden Zulu-Führer über Protokollfragen. Der König hatte Mandela vergangenen Montag zur Vermittlung in seine Residenz nach Nongoma gebeten. Da aufgeputschte Inkatha-Jugendliche den Präsidenten-Hubschrauber mit Steinen bewarfen, sagte Mandela seinen Besuch am Grabe Shakas aus Sicherheitsgründen ab.

J. KUUS / SIPA

Zulu-König Zwelithini

Die Fehde um den „Shaka-Tag“ könnte der Auftakt sein zum Kampf zwischen ANC und Inkatha. Buthelezi hatte den König immer wieder für seine politischen Interessen eingesetzt. Sämtliche Versuche des „Ingonyoma“ (Löwe der Zulus), sich vom übermächtigen Onkel zu lösen, schlugen fehl. Der jetzige Befreiungsschlag könnte den Monarchen allerdings in neue Abhängigkeit führen: Sein womöglich nächster oberster Berater ist ein Mandela-Mann.

Golf-Emirate

Hungerlohn für Asiaten

Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen den Ausländerzustrom begrenzen. Mit einem Gesetz soll Gastarbeitern erschwert werden, ihre Familienangehörigen nachzuholen. Jüngste Bevölkerungsstatistiken hatten die Herrscher der Emirate aufgeschreckt. Bei einer Gesamteinwohnerzahl von gut zwei Millionen beträgt der Anteil der Ausländer annähernd anderthalb Millionen Menschen – zumeist Asiaten. Künftig dürfen Gastarbeiter, die monatlich weniger als 5000 Dirham (etwa 2000 Mark) verdienen, keine Familienangehörigen mehr nachkommen lassen. Zur Abschreckung potentieller Bewerber wurde das Höchstgehalt für etliche Dienstleistungen auf einen „Hungerlohn“, so ein asiatischer Diplomat, von monatlich rund 170 Mark begrenzt.

P. JORDAN / NETWORK

Asiatische Fremdarbeiter am Golf

Venezuela

Deckung für Carlos

Magdalena Kopp, 46, die deutsche Ehefrau des in Paris inhaftierten Terroristenführers Carlos, hat bei dessen Familie auf einer abgelegenen Farm im Westen Venezuelas Unterschlupf gefunden. Familienangehörige des jüngst im Sudan verhafteten und nach Frankreich ausgelieferten „Schakal“ schirmen Kopp, die einst zum Umfeld der deutschen Terrorszene gehörte, und ihre achtjährige Tochter Rosa auf der Hazienda „Los Suspiros“ (Die Seufzer) ab. Die Carlos-Ehefrau, die zur Tarnung ihre Haare gefärbt hat und eine neue Frisur trägt, telefoniert von der Hazienda aus gelegentlich mit ihrer in Neu-Ulm wohnenden Mutter und erhielt auch schon Besuch von ihrer ältesten Tochter Anne, 23.

Terrorist Carlos

Das in den Bergen Táchiras nahe der kolumbianischen Grenze gelegene Anwesen gehört dem Carlos-Onkel und Offizier Carlos Julio Ramírez. Die Familie des in Venezuela geborenen „Schakal“ zählt zu den alteingesessenen und wohlhabenden Clans von Großgrundbesitzern, die in Táchira seit Jahrzehnten das Sagen haben.

Carlos’ Vater, der Rechtsanwalt Altagracia Ramírez, herrscht aus seinem Haus in San Cristóbal über die Großfamilie. Sein Sohn wird trotz aller Mordvorwürfe in der Region geachtet und bewundert.

Der Terrorist hat nach Auskunft venezolanischer Diplomaten und der Geheimpolizei sogar früher die Protektion des damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez genossen. Auf dessen Vermittlung soll Carlos 1975 mit Hilfe des venezolanischen Konsuls in London Unterschlupf bei einer Botschaftsangestellten gefunden haben. Angeblich hat der britische Geheimdienst seinerzeit gewußt, daß Carlos unter dem direkten Schutz der Pérez-Regierung stand. Anfang 1993 soll Carlos außerdem aus Brasilien nach Venezuela eingereist sein; er wollte bei der Regierung vorfühlen, ob er sich in seiner Heimat unbehelligt zur Ruhe setzen könne.

W. BOCKE / SIPA

Ex-Präsident Pérez

Pérez, der wegen eines Korruptionsskandals im vergangenen Jahr abgesetzt wurde und in Caracas unter Hausarrest steht, bestreitet, Carlos gedeckt zu haben. Aber er steht der Familie nahe: Er stammt, wie Carlos, aus Táchira und ist ein Schulfreund des Carlos-Vaters Altagracia. Sein Geburtsort Rubio liegt nur wenige Kilometer vom Versteck Magdalena Kopps entfernt.

China

Atomtests gehen weiter

Noch im Oktober will die Volksrepublik China in der Wüste Taklamakan einen weiteren unterirdischen Nukleartest starten. Mit der geplanten Zündung eines 125-Kilotonnen-Sprengkopfes setzt sich Peking zum zweitenmal in diesem Jahr über einen Teststopp der westlichen Atommächte hinweg. Bereits am 10. Juni, wenige Tage nachdem US-Präsident Bill Clinton beschlossen hatte, den Handel mit China nicht

mehr von politischem Wohlverhalten und der Achtung von Menschenrechten abhängig zu machen, hatten die roten Generäle nahe des Sees Lop Nor eine Wasserstoffbombe gezündet. Trotz des von Präsident Clinton ange-

regten Teststopps versprach Washington der chinesischen Führung in geheimen Gesprächen, weitere Versuche hinzunehmen – vorausgesetzt, die Genossen treten 1996 dem Atomteststoppvertrag bei. Bis dahin will das kommunistische Riesenreich sein Atomprogramm auf modernsten Stand bringen.

Polen

Aufruf zur Bundestagswahl

Die deutsche Minderheit in Polen will – gegen den Willen Warschaus – mitbestimmen, wer im Oktober Bundeskanzler wird. Im jüngsten Kultur- und Informationsbulletin fordert der „Deutsche Freundschaftskreis“ in Ratibor: „Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch.“ Polens Regierung empfindet den Wahlaufruf als Zeichen mangelnder Loyalität und hat seinen gut 50 000 Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft die Teilnahme untersagt. Bonn hält dagegen: Wer einen deutschen Paß besitze und die rechtlichen Bedingungen erfülle, dürfe nicht ausgeschlossen werden. Offen will das Auswärtige Amt jedoch nicht für eine Beteiligung an der Wahl werben. Deutsche Diplomaten raten, bei der Briefwahl einen neutralen Umschlag zu benutzen, damit die polnische Post den Stimmzettel nicht abfangen kann.